



Vorlage KuSA\_27/2014  
zur öffentlichen Sitzung des  
Kultur- und Schulausschusses  
am 17.10.2014

mit 4 Anlagen

An die  
Mitglieder  
des Kultur- und Schulausschusses

## **Sachstandsbericht Europaangelegenheiten**

Turnusmäßig berichten wir im Kultur- und Schulausschuss – unserem Europaausschuss – über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

### **I. Europaarbeit im Landkreis Ludwigsburg und Rolle des Kultur-, Schul- und Europaausschusses**

Europa wird in allen Lebensbereichen immer wichtiger. Immer mehr Themen werden von europäischen Vorgaben beeinflusst. Der Anteil der EU-Vorschriften, von denen die kommunale Ebene betroffen ist, nimmt zu und liegt inzwischen bei über 80 Prozent. Dies umfasst nahezu alle Zuständigkeitsbereiche der Landkreisverwaltung und reicht von der Landwirtschaft über den Naturschutz, die Wirtschaft und den Verbraucherschutz bis hin zu Beschaffungen, die zum Teil europaweit aususchreiben sind.

In letzter Zeit ist Europa mit Themen wie Schulden- und Bankenkrise, Migration und Arbeitslosigkeit sowie durch zum Teil übertriebene Medienberichte in der öffentlichen Wahrnehmung oft negativ belegt. Dabei wird vergessen, dass die deutsche Wirtschaft, wie auch die Bürgerinnen und Bürger, in hohem Maße vom europäischen Markt profitiert.

Brüssel ist immer noch weit weg. Diese Distanz wird verstärkt durch zahlreiche Medienveröffentlichungen, in denen das Bild einer „regelwütigen EU“ gezeichnet wird, die sich vorrangig unwichtigen Problemen wie dem Krümmungsgrad von Gurken verschreibt, anstatt die großen Probleme, wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Energiewende, anzugehen. Gerade diese verzerrte, oftmals unzutreffende Wahrnehmung bleibt viel stärker haften als Fakten, die sich hinter den Richtlinien tatsächlich verbergen. Distanz schafft Misstrauen und eine große Anonymität führt unweigerlich dazu, dass Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, an den Bürgern vorbeilaufen oder bestenfalls mit einer gewissen Resignation zur Kenntnis genommen werden.

Andererseits ist Europa inzwischen „Normalität“, gerade für die jüngeren Generationen. Eine einheitliche Währung oder das Reisen ohne Grenzkontrollen sind für sie selbstverständlich. Doch die aktuelle, weltpolitisch zunehmend instabiler werdende Situation führt uns vor Augen, wie wertvoll und gleichzeitig fragil der Frieden ist, zweifelsfrei die größte Errungenschaft Europas. Aus diesem Grund ist es wichtig, unermüdlich die Vorteile des europäischen Einigungsprozesses vor Augen zu führen und herauszustellen, dass die Freizügigkeit und das friedliche Zusammenspiel europäischer Staaten und Nationen bis vor einigen Jahrzehnten alles andere als eine Selbstverständlichkeit gewesen sind.

Die Kommunalverwaltungen haben an dieser Stelle eine besonders wichtige Aufgabe. Sie stehen in direktem Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern und nehmen auf diese Weise eine Multiplikatorenfunktion für europäische Themen ein. Daher muss das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werden. Die großen Rahmenvorgaben und Grundsätze sollen in Brüssel festgelegt werden, doch deren konkrete Ausführung und die Detailregelungen müssen auf der niedrigst möglichen Ebene erfolgen.

Es ist uns sehr wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis für Europa interessieren und an der öffentlichen Diskussion beteiligen. Die Unionsbürgerschaft hat in den letzten Jahren, vor allem mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009, große Fortschritte gemacht. Wir möchten vermitteln, dass es sich lohnt, auf europäischer Ebene mitzureden und sich für den europäischen Einigungsprozess einzusetzen. Der Landkreis Ludwigsburg verfolgt hier Ansätze in verschiedenen Bereichen:

### 1. Mitgliedschaft im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Der Landkreis Ludwigsburg ist Mitglied in der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Landrat Dr. Rainer Haas ist zudem Vizepräsident der Deutschen Sektion. Der RGRE ist der größte und wichtigste Zusammenschluss von Kommunen auf europäischer Ebene. Er ist der europaweite Dachverband von kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften, vernetzt diese untereinander und koordiniert ihre Aktivitäten. Im europäischen RGRE sind 57 nationale Kommunalverbände aus 41 europäischen Ländern (Sektionen) zusammengeschlossen. Die deutsche Sektion wiederum umfasst rund 800 europaengagierte Städte, Gemeinden und Landkreise. Der RGRE leistet in Brüssel wertvolle „Lobbyarbeit“ für die kommunalen Interessen.

### 2. Zusammenarbeit mit dem örtlichen Kreisverband der Europa-Union Deutschland

Die Europa-Union ist einer der wichtigsten Vereine, wenn es um europäische Themen auf Bürgerebene geht. Sie bringt Europa über die lokalen Strukturen zu den Bürgerinnen und Bürgern, zeigt aktuelle Themen auf und sensibilisiert für Dinge, die im Alltag von Belang sind. Durch gezielte Aktionen ist sie gerade auch mit ihrer Jugendorganisation, den Jungen Europäischen Föderalisten, ein wichtiger Ansprechpartner für jüngere Generationen. Landrat Dr. Rainer Haas ist Vorsitzender des Ludwigsburger Kreisverbandes der Europa-Union. Der Landkreis und die Europa-Union arbeiten immer wieder bei verschiedenen Veranstaltungen zusammen.

### 3. Europaveranstaltungen

Der Landkreis Ludwigsburg veranstaltet seit einigen Jahren Bürgerforen zu europäischen Themen. Die letzte Veranstaltung fand im Juni 2013 statt. Hier ging es um das Thema „Ressourceneffizienz und Energiewende – Verpflichtung auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene“. Sie war gleichzeitig unser Beitrag zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus bringen wir Europa bei verschiedenen Gelegenheiten zur Sprache. So fand der Neujahrsempfang des Landkreises im Europawahljahr 2014 zum Thema „Zusammen sind wir Europa!“ statt. Auch hier hatten wir Gastredner, die Europa vor Ort ein Gesicht gaben: die beiden Europaab-

geordneten Evelyne Gebhardt und Rainer Wieland, zugleich in ihrer Funktion als baden-württembergische Landesvorsitzende bzw. als Bundesvorsitzender der Europa-Union.

Der Landkreis Ludwigsburg macht es sich zur Aufgabe, ein breites Publikum über europäische Angelegenheiten zu informieren und für die europäische Idee zu werben. Bereits im Jahr 2007 fand eine groß angelegte dreitägige Europakonferenz im Ludwigsburger Kreishaus statt, bei der es um die Zukunft der Kommunen in Europa ging.

#### 4. Europaarbeit im Kreistag

Seit 2003 gibt es beim Landkreis Ludwigsburg einen Europabeauftragten. Im gleichen Jahr wurde der Zuständigkeitsbereich des Kultur- und Schulausschusses auf europäische Themen ausgeweitet. Denn Sie als Kommunalpolitiker im Kreistag und besonders als Mitglieder im Europa-Ausschuss sind Multiplikatoren für europäische Themen und für das Europaengagement in Ihren Gemeinden. Daher werden wir Sie immer wieder mit nützlichen und interessanten Broschüren, Informationsmaterialien und ähnlichem versorgen und Sie über aktuelle Entwicklungen in Brüssel, die auch die kommunale Ebene betreffen, auf dem Laufenden halten.

Neben dieser regelmäßigen Information und Beratung über europäische Themen in den Ausschusssitzungen ist auch für die aktuelle Amtsperiode wieder eine Exkursion der Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses nach Brüssel geplant, wie es bereits 2010 der Fall war.

#### 5. Partnerschaftsarbeit

Der Landkreis Ludwigsburg engagiert sich für lebendige Partnerschaften zu europäischen und außereuropäischen Landkreisen. Hierzu zählen das ungarische Komitat Pest, die israelische Region Oberes Galiläa und die chinesische Stadt Yichang. Daneben ist es uns ein großes Anliegen, die Partnerschaften der Landkreisgemeinden – bei den 39 Gemeinden gibt es mehr als 20 Städtepartnerschaften allein mit Frankreich – zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Austausch von jungen Menschen. Mit Jugendlichen aus dem Komitat Pest und dem Landkreis Ludwigsburg wird beispielsweise alljährlich ein Naturschutz-Camp veranstaltet, bei dem Jugendliche im wechselnden Turnus gemeinsame Naturschutzaktionen unternehmen und die Partnerlandkreise erkunden. Außerdem sind regelmäßig Schulklassen mit ihren Gästen zu Besuch im Kreishaus.

#### 6. Einmischen

Es muss das Bewusstsein geschärft werden, dass die EU ein Gemeinschaftsprojekt ist. Wir müssen „am Ball bleiben“, uns informieren – und auch einmischen, beispielsweise in Form einer Beteiligung an öffentlichen Konsultationen. Wenn es Bereiche gibt, in denen die EU zu viel reguliert, ist es sinnvoll und notwendig, dieses kundzutun. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang war die europäische Bürgerinitiative right2water, die im vergangenen Jahr mit 1,8 Millionen Unterschriften aus 13 Ländern erfolgreich war, davon allein von 1,3 Millionen Unterstützern aus Deutschland. Hier ging es um eine geplante Konzessionsrichtlinie, von der befürchtet wurde, dass sie langfristig zu einer Privatisierung der Wasserversorgung führen könnte. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben mit dieser Bürgerinitiative erfolgreich dagegen protestiert, die Wasserversorgung wurde schließlich – wie auch die Rettungsdienste – als öffentliches Gut und kommunale Daseinsvorsorge von der Richtlinie ausgenommen. Auch Landrat Dr. Rainer Haas hatte sich zu diesem Thema an verschiedene Vertreter des Europäischen Parlaments gewandt mit der Bitte, sich gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung einzusetzen.

## II. Nachlese Wahlen zum Europäischen Parlament 2014

Vom 22. bis 25. Mai haben die fast 400 Millionen wahlberechtigten EU-Bürgerinnen und -Bürger die Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament für die nächsten fünf Jahre neu bestimmt und damit auch die Auswahl des nächsten Kommissionspräsidenten beeinflusst.

Die Wahlbeteiligung betrug im europäischen Durchschnitt 43,09 %, eine leichte Steigerung von 0,9 % gegenüber der Wahl 2009. Sie lag aber immer noch unter dem Wert von 2004.

In Baden-Württemberg betrug die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 52 %, im Landkreis Ludwigsburg wurden sogar fast 54,6 % erreicht. Günstig war hier sicherlich die Zusammenlegung mit den Kommunalwahlen. Das Europäische Parlament hat sich mit der Neuwahl von zuletzt 766 auf nun 751 Sitze verkleinert.

Die Europäische Volkspartei (EVP, inkl. CDU/CSU) bleibt mit 214 Sitzen weiterhin die stärkste Fraktion. Die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D, inkl. SPD) erreichte 191 Sitze. Die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE, inkl. FDP und Freie Wähler) bleibt trotz Verlusten die drittgrößte Kraft im Europäischen Parlament. Die Grünen/Freie Europäische Allianz erhielten 52 Sitze, die europakritischen Europäischen Konservativen und Reformisten 46 Sitze, die kommunistischen Parteien 45 Sitze. Die antieuropäischen Parteien haben nunmehr 38 Sitze. Außerdem gibt es 41 Abgeordnete ohne Fraktionszugehörigkeit, sowie neu – nach der Aufhebung der Fünf- bzw. Drei-Prozent-Sperrklausel für die Europawahl – 60 „sonstige“ Abgeordnete, deren Parteien bisher noch nicht im Europäischen Parlament vorkamen. Das Europäische Parlament hat zu Beginn der neuen Legislaturperiode den deutschen SPD-Abgeordneten Martin Schulz zu seinem Präsidenten gewählt. Er hatte diese Funktion bereits in der ausgehenden letzten Legislaturperiode inne, nachdem er im Januar 2012 auf Jerzy Buzek folgte. Ihm stehen vierzehn Vizepräsidenten zur Seite. Einer davon ist „unser“ Europaabgeordneter Rainer Wieland (CDU).

Als neuer Präsident der Europäischen Kommission wurde der Luxemburger Jean-Claude Juncker gewählt. Er folgt auf den aktuellen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso, dessen Amtszeit im Oktober 2014 ausläuft. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik wird die italienische Außenministerin Federica Mogherini. Juncker möchte die Arbeit der Kommission grundsätzlich reformieren und hat im September seine Kommissare vorgestellt. Es gibt nunmehr sieben Vizepräsidenten, die jeweils eine Bündelungsaufgabe übernehmen und als Aufsicht für mehrere andere Ressorts fungieren. Die Personalbesetzung hat für manche Überraschung gesorgt. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident und bisherige EU-Kommissar für Energiepolitik, Günther Oettinger, wird Kommissar für Digitalwirtschaft und Gesellschaft. Die neuen Kommissionsmitglieder müssen noch durch das Europäische Parlament angehört werden.

Vor dem Europäischen Parlament hat Juncker am 15. Juli unter dem Titel „Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“ seine politischen Leitlinien als ein Zehnpunkteprogramm vorgestellt.

1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen
2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt
3. Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik
4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis
5. Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion
6. Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten
7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte
8. Hin zu einer neuen Migrationspolitik

- 9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne
- 10. Eine Union des demokratischen Wandels

Aus kommunaler Sicht ist die Ankündigung, dass sich die EU-Kommission in Zukunft stärker den großen Fragen widmen möchte und in den übrigen Bereichen den Mitgliedstaaten eine stärkere Rolle zukommen lassen wolle, durchaus zu begrüßen. Gleiches gilt für die Aussagen, die die künftigen Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) betreffen. Die geplanten zusätzlichen Investitionen in die Breitbandinfrastruktur der Mitgliedstaaten entsprechen den Forderungen des Deutschen Landkreistages. Fraglich bleibt in diesem Zusammenhang allerdings die Finanzierung.

### **III. Gemeinsame Sitzung des Deutsch-Französischen Ausschusses und des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) im Kreishaus**

Eine gemeinsame Sitzung des Deutsch-Französischen Ausschusses und des Ausschusses für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit der deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) fand am 2. und 3. Juli 2014 im Kreishaus statt. Die Teilnehmer waren aus der ganzen Bundesrepublik angereist. Landrat Dr. Haas ist Mitglied im Deutsch-Französischen Ausschuss. Bei der Sitzung ging es um die weitere Ausrichtung der Arbeit der RGRE-Ausschüsse. Neben der Vorstellung des Landkreises und der Stadt Ludwigsburg als besonderer mit der deutsch-französischen Geschichte verbundener Ort ging der Landrat bei der Begrüßung der Gäste auf die Bedeutung des politischen Mehrebenensystems und des Prinzips der Daseinsvorsorge ein. In diesem Zusammenhang verwies er auf die geplante Gebietsreform in Frankreich. Ihr Ziel ist die Zusammenlegung mehrerer Regionen von aktuell 22 auf dann 14 sowie langfristig die Abschaffung der Départements, also der Landkreis-Pendants. Diese geplante Reform widerspreche, so Landrat Haas, dem Subsidiaritätsprinzip und schaffe die für den politischen – auch europäischen – Prozess so wichtigen Mittelebenen ab. Er plädierte für die Beibehaltung überschaubarer Verwaltungseinheiten vor Ort, die für die Akzeptanz von politischen Entscheidungen notwendig seien.

Im Rahmen der Sitzung präsentierte Ludwigsburgs Erster Bürgermeister Konrad Seigfried als Beispiel für trilaterale deutsch-französisch-afrikanische Partnerschaften das gemeinsame Engagement Ludwigsburgs und Montbéliards für Burkina Faso. Er ging auf die enge deutsch-französische Städtepartnerschaft ein und stellte verschiedene Projekte vor, die aus dieser Verbindung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Burkina Faso entstanden sind.

Anschließend ging es in Vorträgen um die Stärkung kommunaler Strukturen in den Maghreb-Staaten und um Best-Practice-Beispiele für französisch-afrikanische Projekte. In einem weiteren Beitrag präsentierte Christophe Chaillou, der Hauptgeschäftsführer der französischen Sektion des RGRE, Motive und Organisationsformen von französischen Städten für die Entwicklungszusammenarbeit. Britta Milimo von der Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ – Engagement Global gGmbH stellte außerdem Finanzierungsinstrumente für trilaterale Partnerschaften vor. Am zweiten Tag der Sitzung berieten die Ausschüsse getrennt über die weitere Ausrichtung ihrer Arbeit.

#### IV. Charta der Multi-Level-Governance in Europa

Landrat Dr. Haas hat als Vertreter des Landkreises Ludwigsburg die Charta der Multi-Level-Governance in Europa unterzeichnet. Im Mai eröffnete der Ausschuss der Regionen bei der EU das Verfahren für die Unterzeichnung. Die Charta benennt zum Teil sehr nachdrücklich und auch in unserem Interesse die Vorzüge des politischen Mehrebenensystems in Europa, fordert zu einer stärkeren partnerschaftlichen Zusammenarbeit der verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen auf und spricht sich ausdrücklich für das Subsidiaritätsprinzip aus. Die Charta konnte in elektronischer Form unterzeichnet werden. Sie ist rechtlich nicht bindend, stellt aber gleichwohl eine Positionierung und ein Bekenntnis zur Aufrechterhaltung des Subsidiaritätsprinzips dar. Eine Übersicht über die wichtigsten Grundsätze sowie der Volltext der Charta liegen als Anlage 1 bei. Die Charta wurde bisher von 158 Gebietskörperschaften in ganz Europa unterzeichnet, darunter leider bis jetzt nur wenige in Deutschland. Weitere Informationen finden Sie unter [www.cor.europa.eu/mlgcharter](http://www.cor.europa.eu/mlgcharter) im Internet.

#### V. Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP)

Zwischen der EU und den USA wird derzeit das Transatlantische Freihandelsabkommen, (offiziell „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“, *engl. Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP) verhandelt. Im Juli fand die sechste Verhandlungsrunde dazu statt. Das Abkommen soll in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Europäischen Union, den USA und weiteren Staaten geschlossen werden. Die detaillierten Vertragsbedingungen werden seit Juli 2013 ausgehandelt. Die dabei diskutierten Vertragsbedingungen sind geheim, auch die nationalen Parlamente der zukünftigen Mitgliedsstaaten und das EU-Parlament erhalten keine konkreten Informationen. Mittlerweile wurden unautorisiert mehrere interne Positionspapiere der EU und der deutschen Verhandlungsführer im Internet veröffentlicht. Der Ministerrat einigte sich kürzlich darauf, wenigstens das den Verhandlungen zu Grunde liegende Verhandlungsmandat doch zu veröffentlichen.

Das Freihandelsabkommen wird allenthalben sehr kritisch diskutiert. (siehe Artikel im Staatsanzeiger vom 12.09.2014, Anlage 2). Man befürchtet, dass es die hohen europäischen Verbraucherschutzstandards lockern und so dem Import von amerikanischen „Genmaissorten“ und „Chlorhühnchen“ Tor und Tür öffnen könnte. Auch die Tatsache, dass das gesamte Abkommen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und auch der beteiligten Nationalstaaten verhandelt wird, trägt nicht gerade zu einer größeren Befürwortung bei. (siehe Pressemitteilung des Deutschen Landkreistags, Anlage 3) Der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat daher einen transparenteren Verfahrensweg zum TTIP in seiner Agenda aufgenommen.

Landrat Dr. Haas hat sich in diesem Zusammenhang im Mai an verschiedene Vertreter des Europäischen Parlaments gewandt mit der Bitte, sich für die Bewahrung der hohen Verbraucherschutzstandards in Europa einzusetzen. (Anlage 4)

Ein kontrovers diskutierter Aspekt dieses Freihandelsabkommens ist die Arbeit von Schiedsgerichten bei Investor-Staat-Streitigkeiten. Investitionsschutzklauseln, die oft Bestandteil von Freihandelsabkommen sind, eröffnen internationalen Unternehmen die Möglichkeit, gegenüber einem Nationalstaat Schadenersatzansprüche geltend zu machen, wenn durch nationale Regeln der Gewinn der Firma beeinträchtigt werden kann.

Das Thema TTIP beherrscht inzwischen nicht nur in Brüssel die öffentliche Diskussion. Auch die hiesigen Medien befassen sich allesamt damit. Auch in einigen Landkreisgemeinden haben bereits Demonstrationen gegen das geplante Abkommen stattgefunden. Da das Thema sehr weitreichende Konsequenzen haben könnte, sollten wir den weiteren Verlauf – soweit durch die intransparenten Verhandlungen möglich – mit großer Aufmerksamkeit verfolgen.

Neben dem Freihandelsabkommen mit den USA wird parallel auch ein Freihandelsabkommen mit Kanada (*engl. Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA*) verhandelt. Dies ist bereits weiter fortgeschritten, hier wurden Anfang August die Texte an die nationalen Parlamente zur Prüfung übermittelt. CETA gilt als eine Art „Vorlage“ für das TTIP. Eine Ratifizierung scheint aufgrund der Kritik an dem deutsch-amerikanischen Abkommen momentan jedoch fraglich.

Gegen das TTIP ist eine Europäische Bürgerinitiative unter dem Titel „Stop TTIP“ geplant. Sie nahm Mitte Juli erste Konturen an. Das Bündnis „TTIP unfairhandelbar“, hinter dem etwa 150 Organisationen aus 18 Mitgliedstaaten stehen und zu dem u. a. Attac, Umweltinstitut München oder NABU zählen, stellte bei der EU-Kommission einen Antrag auf Registrierung. Ihr Ziel ist, dass der EU-Ministerrat das Verhandlungsmandat aufhebt und auch das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA) nicht abschließt. Die EU-Kommission hat jedoch Mitte September die Kriterien für eine offizielle Zulassung der Bürgerinitiative für nicht erfüllt erklärt. Erst nach Bestätigung der Registrierung durch die EU-Kommission hätte die Bürgerinitiative mit der Sammlung von Unterstützungsbekundungen beginnen können. Um erfolgreich zu sein, muss eine Europäische Bürgerinitiative von mindestens einer Million EU-Bürgern aus mindestens sieben der 28 Mitgliedstaaten unterzeichnet werden. Innerhalb jedes der sieben Mitgliedstaaten muss eine Mindestanzahl von Unterstützungen gefunden werden. Das „Stop TTIP-Bündnis“ erwägt nun den Gang zum Europäischen Gerichtshof.

## **VI. Italienische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2014**

Italien hat von 1. Juli bis 31. Dezember 2014 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Das Programm der italienischen Ratspräsidentschaft folgt dem Motto „Ein neuer Start für Europa“. Zugleich beginnt gemeinsam mit Lettland und Luxemburg eine neue Trio-Ratspräsidentschaft für 18 Monate. Die Erwartungen an Italien als G7-Mitglied und viertgrößte Volkswirtschaft in der EU sind hoch und die angestrebte Agenda für Europa wird voraussichtlich die kommenden Jahre prägen. Thematische Schwerpunkte der italienischen Ratspräsidentschaft sollen das Wirtschaftswachstum (und in diesem Zusammenhang das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP), die Rolle von kleinen und mittleren Unternehmen für die europäische Wirtschaft, die Migrationsproblematik und die Tendenz zum Euroskeptizismus – auch bedingt durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit – sein.

### **Beschlussvorschlag:**

Kenntnisnahme